Überschuldung der Staaten

Categories : Warnung im Handelsblatt

Aus der globalen Schuldenkrise der Banken, die aus der kalifornischen Subprimekrise erwuchs, ist längst eine

Überschuldung der meisten Staaten

geworden. Die Probleme Griechenlands und Dubais sind aktuelle Beispiele dafür, dass sich viele Regierungen mit der Rettung der Banken und den Anti-Rezessionsmaßnahmen hoffnungslos übernommen haben. Wenn es nicht einen rasanten Wiederaufschwung der Weltwirtschaft gibt, der bislang nicht erkennbar ist, dann werden in den nächsten Monaten noch mehr Länder um Bruder- oder Nachbarschaftshilfe betteln. Auch in der EU, in der die Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik leider noch nie ernsthaft funktioniert hat. Die Staatspleiten werden am Ende nur durch Milliardenhilfen abzuwenden sein, die wiederum die Finanzlage der Geberländer zusätzlich strapazieren wird.

Die Frage ist: Wer soll das bezahlen?

Was ist, wenn eine weitere Großbank nach dem Lehman-Vorbild in Konkurs geht?

Die Bankenkrise ist noch längst nicht zu Ende.

Würde die Weltwirtschaft eine solche Krise oder einen anderen Schock wie eine Terrorattacke auf das World Trade Center so glimpflich überstehen wie bisher?

Wer soll das bezahlen?

Was ist, wenn sich die

Erholungszeichen der Weltkonjunktur

verfestigen, wenn also die Notenbanken die in die Märkte gedrückte Liquidität schrittweise wieder einsammeln und die Zinsen erhöhen?

Wie sollen dann die überschuldeten Staaten ihre Kredite noch abstottern?

Was ist, wenn sich die

Preise für Öl und andere Rohstoffe weiter erhöhen

so wie das in den letzten Monaten schon zu beobachten ist?

Wer soll all das bezahlen?

Man muss kein Untergangsprophet sein, um zu dem Schluss zu kommen, dass da verdammt viel auf die reichen Länder dieser Welt und ihre Steuerzahler zukommt.

Debatten wie das Berliner Koalitionstheater über die Frage, wer das überflüssige "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" am Ende zahlen muss, wirken vor diesem globalen Zukunftsszenario wie eine peinliche Provinzposse.

Wo sind die Politiker, die über den Tellerrand blicken und erkennen, dass wir auf dem bisherigen Weg der endlosen Staatsverschuldung nicht weitergehen können?

Diese Frage können wir auch nicht beantworten. Aber deshalb raten wir so dringend dazu, Vorsorge zu treffen und in reale Werte zu investieren.